

Zwei Millionen für soziale Projekte : und niemand will sie

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840310>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zwei Millionen für soziale Projekte – und niemand will sie

In einer Spezialkasse der Stadt Biel warten zwei Millionen Franken darauf, für Projekte in den Bereichen Jugend, Sport, Familie, Gleichstellung und Integration ausgegeben zu werden. Doch kaum jemand bemüht sich darum. Dies berichtete «Der Bund» Anfang Januar. Es brauche eben Zeit, bis die neue Finanzquelle bei den verschiedenen Institutionen bekannt sei, zitierte die Zeitung Urs Zysset, den für die Vergabe mitverantwortlichen Sekretär der Schul- und Kulturdirektion. Die zwei Millionen stehen für Projekte der Stadt selbst, von

privaten oder öffentlichen Organisationen zur Verfügung. Man wolle aber nicht einfach normale städtische Aufgaben finanzieren, sondern neue, innovative Projekte von ausserhalb der Verwaltung. Trotzdem habe bisher vorwiegend die Verwaltung Bedürfnisse angemeldet, schreibt «Der Bund». So will der Sozialdirektor Private mit einer finanziellen Starthilfe zur Gründung von Kinderkrippen animieren. Die Chance, Geld für soziale Projekte zu erhalten, sei derzeit sehr gut, sagte Zysset laut «Bund».

Bund/gem

Aus Bundespolitik und Sozialversicherung

- **Neuer EKA-Präsident:** Seit Anfang Januar ist der frühere Neuenburger SP-Regierungsrat und Fast-Bundesrat Francis Matthey neuer Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA). Er löst Rosemarie Simmen ab, die das Amt vor zwei Jahren von Fulvio Caccia übernommen hat. Trotz der damaligen Turbulenzen habe das Gremium sich neu konstituieren und das Terrain für wichtige politische Vorlagen vorbereiten können, sagte Rosmarie Simmen im Dezember vor den Medien. Sie nannte die laufende Bürgerrechtsrevision sowie das neue Ausländergesetz, das u. a. die Integration der AusländerInnen verbessern will. Dieses grosse Werk, so die Befürchtung der scheidenden Kommissionspräsidentin, werde wohl kaum schlank durch die Räte gehen.

- **Höhere Kinderzulagen:** Neu erhalten Bauernfamilien in bescheidenen Verhältnissen sowie landwirtschaftliche Ar-

beitnehmerInnen um fünf Franken höhere Kinderzulagen. Talgebiet: 165 Franken (170 Franken ab dem dritten Kind), Berggebiet: 185 Franken (190 Franken ab dem dritten Kind). Die KleinbäuerInnen haben Anspruch auf Kinderzulagen, wenn ihr reines Einkommen 30'000.– Franken im Jahr nicht übersteigt. Diese Grenze erhöht sich um 5'000 Franken pro Kind. Bei Einkommen, welche die Einkommensgrenze um höchstens 7'000 Franken übersteigen, besteht Anspruch auf einen Teil der Zulagen.

- **Steigende Erwerbslosigkeit:** Seit dem Sommer nimmt die Anzahl der Menschen zu, die eine Arbeitsstelle suchen, aber keine finden. Betrug die Quote der Erwerbslosen im Juni noch 1,6 Prozent, stieg sie im November auf 2,1, Ende Jahr auf 2,4 Prozent: Wie das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) mitteilt, hat der Anstieg um 8'400 auf rund 86'000 Erwerbs-